

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter

26. Jahrgang - 01 / 2019

Tarifverhandlungen 2019

Klausurtagung des Landesverbands

Seite 4

Seite 5

Einkommensrunde

Forderung des VNSB wurde umgesetzt

Seite 9



VNSB-Landesvorstand begeht Klausurtagung Seite 05



OV Göttingen besichtigt Nds. Landtag

Seite 16



Niedersachsenmeister JVA Wolfenbüttel

Seite 21

IMPRESSUM

Herausgeber

VNSB

Plessering 6 · 37154 Northeim Homepage: www.VNSB.de

Layout & Druck:

Willers Druck GmbH & Co. KG Grünteweg 27 · 26127 Oldenburg www.willersdruck.de

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen, sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des VNSB wieder. Der VNSB übernimmt für Anzeigen keine inhaltliche Verantwortung.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2019: 01. Juni 2019

Landesvorstand

Vorwort	S. 03
Einkommensrunde für Beschäftigte und Beamte	S. 04
VNSB – Landesvorstand begeht seine Klausurtagung 2019	S. 05
VNSB-Landesvorstand trifft sich mit den Ortsverbandsvorsitzenden und Schatzmeistern zur gemeinsamen Sitzung	S. 06
Wo nehmen Sie das Geld her, Herr Hilbers?	S. 07
Eine langjährige Forderung des VNSB wurde zum 01.01.2019 umgesetzt. Die Vollzugszulage wird erhöht.	S. 09
Wir bedanken uns für die langjährige Treue zum VNSB in 2019	S. 11
Erfahrungen der Dienstkleidungsträger gefragt	S. 12
Personalmangel: Sicherheit in Gefängnissen gefährdet?	S. 12
Zum Haushalt 2020 Justizvollzug	S. 14
Der VNSB erklärt seinen Beitritt zum Bündnis "Niedersachsen für Europa"	S. 15

Ortsverbände

Göttingen	S. 16
Uelzen	S. 19
Wolfenbüttel	S. 21

Sonstiges

Termine	S. 14
Ortsverbandsvorsitzende	S. 22
Landesvorstand	S. 23
Impressum	S. 02

Diese Zeitschrift bitte aus Datenschutzgründen nicht an Inhaftierte weitergeben!



Uwe Oelkers Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser unserer Verbandszeitung,

gemäß Erlass des Justizministeriums vom 07. März 2019 wurde die Änderung des §116 NBG zum Haushaltsbegleitgesetz 2019 (Erhöhung der besonderen Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre) bekannt gegeben.

Diese verringert sich um 1 Jahr, sofern 25 Jahre Wechselschichtdienst nachgewiesen werden können. Der Nachweis erfolgt gemäß §20 Abs.1 der Erschwerniszulagenverordnung (EZulV). Das heißt, zur Anrechnung kommen nur Zeiten in denen die große Wechselschichtzulage gewährt wurde. Das bedeutet allerdings, dass zukünftig nur noch ein marginaler Anteil der Beamten des allgemeinen Justizvollzugsdienstes in den Genuss der Verkürzung der Lebensarbeitszeit kommt.

Insofern fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen durch die neue Regelung getäuscht. Es entsteht der Eindruck, dass diese Regelung lediglich als Alibifunktion dient. Wenn schon die Übergangsregelung nicht analog zum §35 NBG erfolgen kann, dann sollten doch zumindest bei der Anrechnung der Wechselschichtzeit alle vier Wechselschichtzulagen in Betracht gezogen werden.

Weiterhin ist die Nachweiserbringung der Wechselschichtzeit kaum möglich, da das Zeiterfassungsprogramm SP-Expert erst im Jahr 2004 im Justizvollzug eingeführt wurde und es darüber hinaus auch noch den Datenschutz gibt.

Doch man kann diesem noch einen draufsetzen: Im Rahmen dieser Veränderung ist aufgefallen, dass bei der Inbetriebnahme des Zeiterfassungsprogramms SP-Expert im Jahr 2004 bei der Berechnung der Wechselschichtzulagen ein falscher Parameter eingestellt wurde. Demzufolge haben Kolleginnen und Kollegen eine zu geringe Wechselschichtdienstzulage erhalten. Anzuerkennen ist, dass der Fehler durch das MJ und NLBV eingeräumt wurde. Aber im gleichen Atemzug wird hier auf die Verjährungsfrist von 3 Jahren verwiesen und die Nachzahlungen an die Betroffenen eingeschränkt.

So können keine Nachwuchskräfte für den Niedersächsischen Justizvollzug gewonnen werden.

lhr

Uwe Oelkers

Einkommensrunde für Beschäftigte und Beamte

Die wichtigsten Ergebnisse kurz und knapp im Überblick:

Entgelterhöhung

Die lineare Steigerung beträgt im Gesamtvolumen 3,2 % (mindestens 100 Euro) zum 1. Januar 2019, nochmals 3,2 % (mindestens 90 Euro) zum 1. Januar 2020 und schließlich 1,4 % (mindestens 50 Euro) zum 1. Januar 2021.

Dabei wird die jeweilige Stufe 1 in der Tabelle überproportional erhöht. Das ergibt unter Einberechnung aller weiteren Faktoren der Tarifeinigung ein Gesamtvolumen von 8 %. Die Laufzeit beträgt 33 Monate (bis 30. September 2021).

In vielen Besoldungsgruppen ergibt sich durch den Mindestbetrag von 240 Euro eine weitaus größere prozentuale Besoldungserhöhung. Ein Schritt in die richtige Richtung.

Auszubildende

Die Erhöhung der Ausbildungsentgelte werden in zwei Schritte vollzogen.

50 Euro zum 01.01.2019 und 50 Euro zum 01.01.2020.

Das Ergebnis der Einkommensrunde wird auch auf Beamte und Beamtinnen in Niedersachsen übertragen. Allerdings erst ab dem 01.03.2019.









VNSB – Landesvorstand begeht seine Klausurtagung 2019

Vom 21.01. - 23.01.2019 hielt der VNSB-Landesvorstand seine Klausurtagung 2019 ab. Hierzu lud der Landesvorsitzende Uwe Oelkers nach 37170 Uslar in den Ortsteil Volpriehausen ein. Während dieser 3-tägigen Tagung legt der Landesvorstand die "Marschroute", sprich die inhaltlichen Vorhaben für das neue Kalenderjahr fest. Ein bedeutender Schwerpunkt lag diesmal auch in der Organisation und Vorbereitung für den in diesem Jahr anstehenden Landesgewerkschaftstag (LGT) vom 24.04. - 25.04.2019 in Göttingen. So wurden sich z. B. Gedanken über die bevorstehenden personellen Veränderungen im Landesvorstand (der Vorsitzende Koll. Oelkers und der stellv. Vorsitzende Koll. Haustein treten in den Ruhestand ein) gemacht. Welche Kollegen, die letztlich auf dem LGT gewählt werden müssen, haben ihr Interesse bekundet, zukünftig im Landesvorstand mit zu wirken! Weiter galt es, diverse Aufgaben neu zu verteilen bzw. umzuverteilen oder auch neu zu gestalten.

U. a. wurden zudem weiter einige Satzungsänderungsanträge formuliert, die auf dem LGT zur Abstimmung gebracht werden. Der Kassenbericht und Haushaltsvoranschlag für 2020 wurden durch den Landesschatzmeister vorgestellt. Anstehende Ehrungen für ausscheidende Fachgruppenvertreter durch den Vorsitzenden geprüft und erstellt. Vorbereitung einer Perso-

nalräteschulung für 2020 und ggf. auch eine angedachte Schulung für Wahlvorstände für 2019 stand auf der Tagesordnung. Eine Presseinformation bezüglich der Neuwahl eines neuen Landesvorsitzenden wurde vorformuliert und gefertigt. Dies sind nur einige Auszüge der vielen Tagesordnungspunkte, die bearbeitet wurden. Eine weitere Hauptaufgabe war die Überarbeitung des aktuellen Forderungskataloges des Verbandes. Durchgebrachte Forderungen, wie z. B. die Erhöhung der Stellenzulage, wurde herausgenommen; neue Forderungen, wie z. B. Stellenzulage in voller Höhe auch für die Anwärter, wurde mit aufgenommen. Herausgearbeitet wurden Kernforderungen die in Landtagseingaben des VNSB an die Fraktionen in die Politik gegeben werden. Diese beinhalten vorrangig eine deutliche Erhöhung von Dienst zu ungünstigen Zeiten für dann tatsächlich geleistete Dienste. Weiter keine personellen Einsparungen im Justizvollzug; dazu gehört "ein Personalbedarf = ein Beschäftigungsvolumen". Umsetzung von geplanten Baumaßnahmen am Bildungsinstitut um unseren Anwärtern eine optimale, zentralisierte und zeitgemäße Ausbildung zu ermöglichen. Ein entscheidendes und spannendes Jahr für ei-

Ein entscheidendes und spannendes Jahr für einen neu zu wählenden LV steht bevor!

Für den Landesvorstand - im Auftrag Ralf Schlütemann



VNSB-Landesvorstand trifft sich mit den Ortsverbandsvorsitzenden und Schatzmeistern zur gemeinsamen Sitzung

Vom 04.02. auf den 05.02.2019 trafen sich auf Einladung des Landesvorsitzenden Uwe Oelkers die 14 VNSB-Ortsverbandsvorsitzenden mit ihren Schatzmeistern zur gemeinsamen Tagung mit dem Landesvorstand in 28832 Achim.

Vom Landesvorstand erhielten die Ortsverbandsvorsitzenden die jüngsten Neuerungen, die die VNSB-Führung auf ihrer Klausurtagung (siehe Bericht) geplant und teils festgelegt hat. Ausführlich erörterte der Landesvorsitzende Oelkers Themen zur aktuellen Lage wie z. B. die Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Nachprüfung - welche jetzt übrigens von Amts wegen erfolgt - der möglichen anrechenbaren Wechselschichtzeiten bei der Umsetzung der neuen Altersgrenze. Der aktuelle Stand bzw. weitere Verlauf zur festgestellten verfassungswidrigen nds. Besoldung wird erläutert. Weiter kann Uwe Oelkers u. a. über das eventuelle Möglichwerden der nun freiwilligen Mitgliedschaft im neuen Kammergesetz für Heil- und Pflegeberufe sowie über die Einführung der sog. "Telemedizin", welche die Versorgung zur Nachtzeit und an den Wochenenden erleichtern soll, berichten.

Die Erfolge des Verbandes aus 2018 werden noch mal aufgezeigt. Dazu gehören das Anheben der Vollzugszulage, 20 zusätzlich Stellen für den Justizvollzug, die durch das Ministerium in langen und zähen Verhandlungen mit dem MF erstritten wurden sowie die Anerkennung des Bedarfs von rund 200 Stellen im AVD. Auch die bearbeitete Anzahl von Rechtsschutzfälle (das DLZ generiert jährlich rund 6.000.000,- € an die Kollegen/innen) kann sich sehen lassen.

Weiter wird die Aktualisierung des Forderungskataloges des Verbandes vorgestellt, in den die Vollzugszulage auch für die Anwärter und deren Ruhegehaltsfähigkeit mit aufgenommen wurde. Gleichfalls wird die Anhebung von Dienst zu ungünstigen Zeiten und das Aufheben der Deckelung bei Zusatzurlaub für Schicht und Nachtdienst gem. § 6 nds. Erholungsurlaubsverordnung genauso gefordert wie die Erweiterung der Erfahrungsstufen in der Besoldungstabelle.

Die diesjährigen Kernforderungen (Anhebung DzuZ; keine personellen Einsparungen – 1 Personalbedarf = 1 BV; Baumaßnahmen am BI in Wolfenbüttel) werden auch wieder in Landtagseingaben des VNSB in die Politik eingebracht.

Der Landesschatzmeister gibt an die Schatzmeister der Ortsverbände seinen Bericht zur finanziellen Situation des Verbandes ab. So kann er mitteilen, dass sich aller Voraussicht bereits in diesem Jahr der Betrag, den die Ortsverbände pro Mitglied erhalten, von 0,81 € auf 0,90 € erhöhen wird.

Es wird noch über den Stand zum bevorstehenden Landesgewerkschaftstag (24./25.04., Göttingen) informiert: So befinden sich die Ordner für die Delegierten in der Vorbereitung und werden nach Fertigstellung des Drucks an die Ortsverbandsvorsitzenden zur Verteilung versendet. Auch die im kommenden Jahr anstehenden PR-Wahlen werden kurz thematisiert. Es wird deutlich gemacht – und muss dringend in den OV bekannt gemacht werden – wie wichtig bei den HPR-Wahlen die Stimme für den VNSB ist – der VNSB vertritt dort den Justizvollzug.

Die eingeladenen Vertreter der VNSB-Partnerunternehmen "Signal Iduna" und "BBBank", Herr Hankeln und Frau Stets, stellen anschaulich die Vorteile ihrer Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem VNSB dar.







Zum Ende der zweitägigen Tagung kommt es noch zu einer, nicht bei allen Teilnehmern gleich gut aufgenommene, Abfrage eines Meinungsbildes bezüglich der Verleihung des Ehrenvorsitzes und/oder der Ehrenmitgliedschaft langjähriger LV-Mitglieder. Dieser Punkt wird kontrovers diskutiert, ein genaues Bild lässt sich nicht zu 100% erörtern und ermitteln. Die persönlichen Konsequenzen, die ein jeder für sich daraus zieht, bleiben abzuwarten.

Uwe Oelkers verabschiedet im Anschluss die Ortsverbandsvorsitzenden und Schatzmeister.

Für den Landesvorstand – im Auftrag Ralf Schlütemann

Wo nehmen Sie das Geld her, Herr Hilbers?

"Wir müssen die Planung nach unten korrigieren": Niedersachsens Finanzminister über die Schuldenbremse – und Weihnachtsgeld für Beamte

Herr Finanzminister Hilbers, woher nehmen Sie nur die vielen zusätzlichen Millionen, um alle Wünsche der Landespolitiker zu befriedigen? Die SPD will jetzt noch einmal 10 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau und den Einstieg ins Weihnachtsgeld für alle. Unfinanzierbar?

Für wichtige Politikvorhaben, und den Wohnungsbau rechne ich dazu, werden wir sicher etwas tun müssen. Ich habe die feste Absicht, aus dem Jahresabschluss 2018 einen nennenswerten dreistelligen Millionenbetrag in den Wohnungsbau fließen zu lassen. Aber bei der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes bleibe ich sehr skeptisch. Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar.

Die SPD setzt dabei auf die Steuerschätzung im Mai und hofft, dass da noch einige Millionen rausspringen...

Das mag sein. Aber ich befürchte, dass wir angesichts einer sich abschwächenden wirtschaftlichen Entwicklung unsere Finanzplanung für die kommenden Jahre nach unten korrigieren müssen. Zudem müssen wir die aktuellen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst stemmen, der innerhalb dreier Jahre Gehaltserhöhungen von insgesamt 7,8 Prozent bekommen wird. Das kostet uns bereits 2021 mehr als eine Milliarde Euro jährlich.



Wo zaubern Sie die denn her? Noch eine Milliarde Bußgeld von VW ist ja kaum zu erwarten...

Wir haben durch eine umsichtige Finanzplanung auch Vorsorge für Tarif- und Besoldungserhöhungen getroffen. Durch Auflösung aller Vorsorgepositionen sind die Steigerungen größtenteils abgedeckt, aber sie bringen den Landeshaushalt an den Rand dessen, was leistbar ist.

Nächstes Jahr gilt die Schuldenbremse, die einer möglichen Neuverschuldung entgegenwirken soll. Bekommen Sie da keine Probleme?

Nein, wir haben den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung darauf ausgerichtet, ohne zusätzliche Schulden auszukommen. Wir erfüllen bereits 2019 alle Kriterien und müssen darauf



Natürlich können Sie auch ohne Arbeit leben – vorausgesetzt, **es ist für alles gesorgt.**

Sie haben sich bestimmt auch an viele Dinge gewöhnt, die Ihr Leben schöner machen. Solange Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, können Sie Ihren Lebensstandard sicher auch weiterhin halten. Aber was wird aus Ihnen und Ihren Lieben, wenn Sie Ihre Arbeitskraft einmal verlieren sollten? Durch Krankheit oder Unfall – aus welchen Gründen auch immer. Lassen Sie uns darüber reden, damit für alles gesorgt ist.

SIGNAL IDUNA Gruppe Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund Telefon 0231 135-2551 oed-service@signal-iduna.de



achten, bei diesem Kurs zu bleiben. Das heißt, wir dürfen keine neuen Etatlücken in der mittelfristigen Finanzplanung aufbauen. Und wenn wir neue Ausgaben beschließen, können wir nicht zum "süßen Gift der Verschuldung" greifen, sondern müssen unsere Prioritäten neu ordnen. Ich stehe zur Schuldenbremse.

Städtetag und Gemeindebund fürchten, dass die von Bund und Ländern vereinbarte Schuldenbremse letztlich zu ihren Lasten geht. Sie fürchten, dass das Land sich finanziell bei den Kommunen schadlos halten wird, wenn es selber sparen muss.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass es eine Finanzsymmetrie gibt, dass die Entwicklungen ähnlich verlaufen. Wir haben bei der Vorbereitung auf die kommende Schuldenbremse nicht auf die Finanzen der Kommunen zurückgegriffen und werden das auch in Zukunft nicht tun. Aber die Kommunen möchten, dass sie vorab bedient werden, wenn es rückläufige Einnahmen geben sollte. Sie wollen also nicht zu Einsparungen herangezogen werden, wenn wir sparen müssen. Aber das können wir den Kommunen nicht

garantieren, denn wir sitzen alle in einem Boot. Wenn die Zeiten schwieriger werden, sind eben alle davon betroffen, auch die kommunale Seite. Nun sagen die Städte und Gemeinden, im Vergleich zwischen dem Land und den Kommunen gebe es bereits jetzt eine finanzielle Schieflage. Schon heute geht nahezu jeder dritte Euro des Landeshaushaltes in die Kommunen, zudem haben sie ihre Kassenkredite erheblich zurückführen können und seit Jahren einen positiven Finanzierungssaldo. Wir haben als Land die Kommunen also gut behandelt. Nun wollen die Kommunen über den sogenannten Leistungsfähigkeitsvorbehalt eine Mindestausstattung durch das Land garantiert bekommen - egal, wie die wirtschaftliche Lage ist. Aber bei diesem Punkt kommen wir nicht überein. Denn das hieße, dass wir bei finanziellen Engpässen allein die Landesaufgaben zurückfahren müssten, während die Kommunen bei Einsparungen gar nicht herangezogen würden. Das wäre eine einseitige Verlagerung und ist für uns nicht akzeptabel.

Interview: Michael B. Berger – Hannoversche Allgemeine Zeitung

Eine langjährige Forderung des VNSB wurde zum 01.01.2019 umgesetzt. Die Vollzugszulage wird erhöht.

Änderung der Anlagen 11 und 12 zu § 39 des NBesG im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2019

Das Haushaltsbegleitgesetzes 2019 wurde durch den Landtag verabschiedet und trat zum 1. Januar 2019 in Kraft.

Im Haushaltsbegleitgesetzes 2019 wurde zum einen die Regelung in Nummer 5 der Anlage 11 und Anlage 12 zu § 39 NBesG (Zahlung einer besonderen Stellenzulage an Beamtinnen und Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen) verändert. Die Vollzugszulage betrug bisher 95,53 € und wurde zum 01.01.2019 auf 127,38 € erhöht. Zum anderen wurde in § 74 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes eine Über-gangsregelung für Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung zur Justizvollzugs-fachwirtin oder zum Justizvollzugsfachwirt geschaffen.

Anwärterinnen und Anwärter, denen am 31. Dezember 2018 eine besondere Stellenzulage nach Nummer 5 der Anlage 11 zu § 39 NBesG in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung

zugestanden hat, erhalten die besondere Stellenzulage in der bisherigen Höhe (95,53 Euro) für die Zeit ab dem 1. Januar 2019 weiter, bis eine Dienstzeit von zwei Jahren abgeleistet ist.

Das NLBV hat mitgeteilt, dass aufgrund der notwendigen technischen Umstellungen die Veränderungen erst ab März 2019 berücksichtigt werden können. Es wird dann zu Nachzahlungen für den Zeitraum ab dem 01.01.2019 kommen.

Der VNSB hat jedoch kein Verständnis für die Kürzung der Zulage bei den Anwärterinnen und Anwärtern. Dies ist eine weitere Verschlechterung in Bezug auf die Nachwuchsgewinnung. Im Hinblick auf die Einstellungspraxis bei der Nachwuchsgewinnung und auch mit Blick auf soziale Kriterien sollte man diesen Personenkreis ebenfalls von der Erhöhung profitieren lassen und nicht ausklammern.





O,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

Vorteil für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen:

30,- Euro Startguthaben

✓ bundesweit kostenfrei Geld abheben

> an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte

- einfacher Kontowechsel in nur 8 Minuten
- ✓ BBBank-Banking-App mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst



Osterstr. 24, 30159 Hannover Telefon: 0511-26 25 35 30

BBBank eG Filiale E-Mail: Filiale.350@bbbank.de www.bbbank.de/dbb



Wir bedanken uns für die langjährige Treue zum VNSB in 2019

60 Jahre Mitgliedschaft

Rohenkohl, Geora Ortsverband Vechta Schaar, Werner Ortsverband Hameln Warlich, Artur Ortsverband Hannover

55 Jahre Mitgliedschaft

Jeltsch, Günter Ortsverband Vechta Kallage, Hans-Jürgen Ortsverband Vechta Plog, Heinrich Ortsverband Vechta Neumann, Helmut Ortsverband Lüneburg

50 Jahre Mitgliedschaft

Fehren, Hermann Ortsverband Emsland Krummen, Otto Ortsverband Emsland Menzel, Jürgen Ortsverband Göttingen Ellmann, Hedwig Ortsverband Vechta Michalowski, Lothar Ortsverband Vechta

40 Jahre Mitgliedschaft

Albers, Willi-Bernhard Ortsverband Emsland Arensmeier, Günter Ortsverband Emsland Büscher, Alois Ortsverband Emsland Gels, Hans-Josef Ortsverband Emsland Hamm, Reinhard Ortsverband Emsland Meinicke, Ernst **OV Celle** Lück. Manfred **OV Celle** Weißmann, Wilfried **OV Celle** Carstaedt, Georg OV Hameln Eggerichs, Rolf OV Hameln Flöter, Karl-Heinz **OV Hameln** Habenicht, Adolf OV Hameln Klemme, Wolfgang **OV Hameln** Seidel, Rainer OV Hannover Haller, Dieter OV Vechta Hengst, Günther **OV Vechta** Ueberfeldt, Norbert OV Vechta Diedrich, Martin OV Wolfenbüttel Tengler, Egon OV Wolfenbüttel Wiedenbein, Hartmut OV Wolfenbüttel

25 Jahre Mitgliedschaft

Brand, Marion **OV** Emsland Fielers, Hubert **OV** Emsland Hermes, Klaus **OV** Emsland Menke, Heinz-Dieter **OV** Emsland Stevens, Hermann Brosig, Jens Menze, Udo Wilde, Jörg Woltersmann, Heiko Röder, Willi Schaffer, Robert Baumann, Hans-Werner OV Hameln Kühl, Stephanie Mix, Bernd Rosenau, Johann Rossa-Ohms, Heidi Schwarz, Rüdiger Wallbaum, Heinrich Thiele, Vera Möhlmann, Axel Schulmann, Klaus Hobbiesiefken, Rainer Laade, Eberhard Robock, Ellen Heine, Stefan Paddags, Klaus-Dieter Sanches-Morote, Anette OV Uelzen Schwerin, Torsten Volker, Sigrid Uhlig, Kerstin Burdiek, Angelika Espelage, Olaf Kazmierski, Manfred Smitz, Christian Stark, Jürgen Willenborg, Raimund Babic, Jörg Baumann, Frank Busch, Matthias Draber, Detlev Hippler, Stefan Isensee, Jörg

OV Emsland **OV Celle OV Celle OV Celle OV Celle** OV Göttingen **OV** Göttingen **OV Hameln OV Hameln OV Hameln OV Hameln OV Hameln OV Hameln OV** Hannover **OV Lüneburg OV** Lüneburg **OV Oldenburg OV Oldenburg** OV Oldenburg **OV** Uelzen **OV** Uelzen OV Uelzen OV Sehnde **OV Sehnde OV Vechta OV Vechta** OV Vechta **OV Vechta OV Vechta OV Vechta** OV Wolfenbüttel **OV Wolfenbüttel** OV Wolfenbüttel OV Wolfenbüttel OV Wolfenbüttel OV Wolfenbüttel OV Wolfenbüttel Küther, Carsten OV Wolfenbüttel Richter, Thomas **OV Wolfenbüttel** Rumstedt, Stefan OV Wolfenbüttel OV Wolfenbüttel

OV Wolfenbüttel

Kirsch, Michael

Schwinn, Peter

Walter, Bernd

Erfahrungen der Dienstkleidungsträger gefragt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin mir sicher, wir sind uns einig, wenn ich sage, unsere jetzige Dienstkleidung ist besser, als das alte Grau. Dennoch höre ich immer häufiger von Problemen mit unserer Dienstkleidung. Die Hosen sind brettig, der Stoff der Hemden hat immer weniger Baumwollanteil, die Passformen stimmen nicht, die neuen Strickjacken halten nicht mal eine Wäsche durch, die Klettstreifen reißen Fäden und Löcher und noch vieles mehr. Persönlich bin ich davon auch betroffen und hatte daher ein Telefonat mit dem LZN geführt. Dort sind unsere Probleme noch nicht bekannt, man ist aber offen für Anregungen und sachliche Kritik. Auf unserer Tagung in Achim Anfang Februar haben wir darüber beraten. Ich möchte Eure Probleme sammeln. Dafür gibt es nun die Mailadresse dienstkleidung@vnsb.de. Bitte schickt mir eine Mail mit Angabe Eures Namens,

Eures Ortsverbandes, des Artikels und des Problems rund um die Dienstkleidung – bitte sachlich. Mit "ist alles Mist" kann keiner etwas anfangen. Es geht auch nicht nur um "das Blau", sondern auch um die Funktionskleidung (Werkbetriebe / medizinischer Dienst). Gerne dürfen sich auch Nichtmitglieder melden, Dienstkleidung tragen wir ja alle. Ich werde Eure Angaben zusammenfassen, selbstverständlich anonymisieren, und Gespräche mit den zuständigen Stellen führen, wenn ich genügend Material zusammen habe.

Mit kollegialen Grüßen Alex Jühne (Ortsverband Göttingen)

Der VNSB spricht sich in diesem Zusammenhang für die Wiedereinführung des jährlichen Koordinierungsgesprächs aus. Das Hauptaugenmerk muss auf die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen ausgerichtet sein.

Personalmangel: Sicherheit in Gefängnissen gefährdet? von Lina Beling und Simone Dürnberg



Eine JVA-Beamtin spricht mit uns über die besorgniserregenden Zustände im Gefängnis. Weil sie das ihren Job kosten könnte, will sie anonym bleiben.

Eigentlich habe sie den Beruf gewählt, weil sie die Inhaftierten auf ein Leben nach dem Gefängnis vorbereiten wollte. Doch genau das sei nicht mehr möglich, erzählt uns eine JVA-Beamtin, die unerkannt bleiben will. Denn Resozialisierung existiere nur auf dem Papier, nicht im Vollzug. "Der Druck auf meine Kollegen und mich steigt extrem an. Ich kann zu Hause kaum noch ab-

schalten, immer häufiger habe ich Schlafstörungen." Und ein weiterer JVA-Beamter berichtet uns: "Wir können unseren eigentlichen Aufgaben gar nicht mehr nachkommen. Alles bleibt auf der Strecke, auch die Gefangenen - weil wir permanent unterbesetzt sind."

Düsteres Bild von der Welt hinter den Gefängnismauern

Die Beamten sind bereit, anonym mit uns über die Zustände im Gefängnis zu sprechen. Eigentlich dürfen sie das nicht. Denn sie riskieren damit ihren Job. Doch die Not sei inzwischen so groß, dass sie sich trotzdem dazu entschlossen haben. Sie zeichnen ein düsteres Bild von der Welt hinter den Gefängnismauern. Denn der Personalmangel führt offenbar inzwischen dazu, dass Beamte sich gezwungen sehen, gegen interne Dienstund Sicherheitsvorschriften zu verstoßen. Aus Sicherheitsgründen sind diese Anweisungen nicht öffentlich - während unserer Recherche war es uns jedoch möglich, sie einzusehen.



Aufgrund des Personalmangels geraten die Beamten teils in bedrohliche Situationen.

Ein zentraler Bestandteil dieser Vorschriften: die Nachtdienstverordnung. Wenn nachts eine Gefängniszelle geöffnet werden muss, soll das laut Vorschrift kein Beamter alleine machen - eine Schutzmaßnahme. Doch gegen diese wichtige Vorschrift werde regelmäßig verstoßen, so erzählt es der Beamte. Eine andere Vorschrift besagt, dass einmal in der Woche iede Zelle auf verbotene Gegenstände untersucht werden muss. Eigentlich sei sie für Haftraumkontrollen nicht zuständig, berichtet die Beamtin. Ihr Arbeitsplatz sei hinter dem Schreibtisch. Weil aber zu wenig Personal vor Ort sei, müsse sie die Haftraumkontrolle immer häufiger übernehmen - und anders als vorgesehen alleine. Wie gefährlich das sein kann, erzählt sie uns: "Ich ging zur Zelle, bat den Gefangenen, den Haftraum zu verlassen. Der ist innerhalb von Sekunden von 0 auf 180. Er schreit mich an, hebt seine Arme, ballt seine Hände zu Fäusten. So schnell, dass ich gar nicht weiß, wie mir geschieht. Es war eine sehr bedrohliche Situation. Es war kurz davor, zu eskalieren."

"Sicherheit stellenweise massiv gefährdet"



Réne Müller von der Gewerkschaft für JVA-Beamte kritisiert die derzeitigen Zustände.

Der Vorsitzender der Gewerkschaft für JVA-Beamte, René Müller, macht deutlich: Was uns geschildert wurde, ist keine Ausnahme. "Die Gefangenen müssen innerhalb der JVA sicher sein. Und erst recht unsere Bediensteten, die tagtäglich dort ihren Dienst verrichten. Und die Sicherheit ist stellenweise massiv gefährdet." Ist die Personalnot so schlimm, dass es nicht möglich ist, die Sicherheitsregeln einzuhalten? Die verantwortlichen Ministerien in Norddeutschland streiten diesen Vorwurf ab. Doch aktuelle Zahlen zeigen, dass es ein massives Problem gibt.



Hamburgs Justizsenator Till Steffen (Grüne) setzt auf Ausbildung.

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Land, in dem die Überstunden - 18.000 pro Jahr sinken, sieben Stellen sind unbesetzt. Schleswig-Holstein kommt auf über 24.000 Überstunden - 1.000 mehr als vor zwei Jahren, elf Stellen sind unbesetzt. In Niedersachsen haben sich die Überstunden in den letzten vier Jahren sogar mehr als verdoppelt. 202 Stellen sind unbesetzt. Hamburg ist mit über 65.000 Überstunden Spitzenreiter, das sind über 12.000 Stunden mehr als vor vier Jahren. Zurzeit sind dort 68 Stellen unbesetzt. Der Hamburger Justizsenator Till Steffen weiß um den Personalmangel in seiner Stadt. Er räumt ein, dass das zu Problemen führt. "Wenn weniger Bedienstete auf einer Station sind, als idealerweise dort sein sollten, führt das natürlich zu Einschränkungen. Das kann bedeuten, wenn ein Gefangener einen Notfall hat, dass alle anderen unter Verschluss genommen werden müssen. Das ist natürlich nicht gut."

"Noch einiges zu tun"

Justizsenator Steffen setzt auf Ausbildung. Man baue das Personal inzwischen stark auf. "Wir haben ein Personalbemessungssystem, in dem wir sagen, wie viel Personal wir brauchen, um guten Vollzug zu machen. Da wir noch einiges zu tun, und deswegen bilden wir sehr intensiv aus." Auch Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollen die Probleme mit mehr Ausbildung in den Griff kriegen. Doch ob das reicht? Die Gewerkschaft der JVA-Beamten meint: Der Strafvollzug an sich sei noch zu unattraktiv - Ver-

gütung und Aufstiegschancen seien bei anderen Behörden schlicht besser. Dass sich etwas verbessern wird, daran glaubt die JVA-Beamtin, die sich uns offenbart hat, nicht mehr. Sie hat sich wegbeworben und hofft auf einen neuen Job, zum Beispiel bei der Polizei. Hauptsache raus aus dem Gefängnis.

Zum Haushalt 2020 Justizvollzug

In Vorbereitung zur Aufstellung des Haushaltsverfahrens 2020 sind im Rahmen des Beschäftigungsvolumens die Anmeldungen durch das Justizministerium aufgestellt worden.

Die Anmeldungen sehen folgendes vor.

- Schließung der Deckungslücke zwischen anerkannten Personalbedarf und dem im Haushaltsplan 2018 ausgewiesenem Beschäftigungsvolumen. Der Personalmehrbedarf beläuft sich hier auf noch insgesamt 184 Stellen. Im Rahmen des Stufenplans werden ¼ des Fehlbedarfs, also 46 Stellen der Wertigkeit 10 x A9 m.Z und 36 x 9 m.D. angemeldet.
- Das Niedersächsische Finanzministerium hat zum 01.01.2020 in Aussicht gestellt, die landesweit geltenden allgemeinen Obergrenzen für Beförderungsämter zu erhöhen. Die Erhöhung ist allerdings noch nicht verbindlich und steht unter dem Vorbehalt der erforderli-

chen gesetzlichen Änderung. Die Festlegung der neuen Obergrenzen können jedoch nur haushaltsneutral umgesetzt werden. Daraus folgt, dass Stellenhebungen unter Ausnutzung der angekündigten neuen Obergrenzen durch BV- und Budgetkürzungen oder durch Stellensenkungen an anderer Stelle aus dem Personalhaushalt gegenzufinanzieren sind.

Vor diesem Hintergrund werden die folgenden Stellenhebungen angemeldet:

- 14 Hebungen der Bes.-Gr. A 8 nach A 9 (Amtsinspektor/-in)
- 8 Hebungen der Bes.Gr. A 16 nach A 16 mit Amtszulage (Fußnote3 zu Bes.-Gr.A16)
 Ltd. Regierungsdirektor/in

Zur Gegenfinanzierung soll eine Planstelle der Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin) in Abgang gestellt werden.

Der Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter begrüßt und unterstützt die Anmeldungen.

Termin

Datum	Veranstaltung und Veranstaltungsort
24.04 25.04.2019	23. Landesgewerkschaftstag in Göttingen

Der VNSB ist Mitglied im



hediensteten Deutschlands



NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion



dbb beamtenbund und tarifunion



dbb vorsorgewerk günstig • fair • nah



14





Der Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter erklärt seinen Beitritt zum Bündnis "Niedersachsen für Europa"

Für den "Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter" ist es eine vornehme und selbstverständliche Pflicht, dem Bündnis "Niedersachsen für Europa" beizutreten.

Seit Jahren arbeitet der VNSB mit anderen Gewerkschaften zusammen und steht über Patenschaften in einem engen Austausch mit anderen Justizvollzugseinrichtungen – überwiegend im Osteuropäischen Raum. Unser Ziel ist die Vereinheitlichung des humanen Strafvollzuges in ganz Europa. Für uns gibt es nur eine Richtung. Diese heißt Zukunft. Eine Umkehr in Richtung eiserner Vorhang und Währungswirrwarr ist für uns undenkbar. Seit Jahren genieße ich meinen Urlaub in Frankreich ohne lästige Wartezeiten und Zollkontrollen an der Landesgrenze. Jeder mündige Staatsbürger ist in der Pflicht, dazu beizutragen. einen weiteren Exit zu verhindern.

Der Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter spricht sich für ein soziales, demokratisches und starkes Europa aus.

Uwe Oelkers

Landsvorsitzender

Ortsverband Göttingen besichtigt den neugestalteten Niedersächsischen Landtag

Am 05.12.2018 folgten 25 Mitglieder des Ortsverbands Göttingen einer Einladung der FDP-Landtagsfraktion und besuchten den neugestalteten Niedersächsischen Landtag in Hannover.

Empfangen wurden die Teilnehmer vom Besuchsdienst des Landtages. Dieser informierte zunächst über die bauhistorischen Meilensteine des Gebäudes welches ab dem Jahr 1962 als Landtag eingeweiht wurde. Die markante äußere Fassadenkubator wurde durch den Nachkriegsarchitekten Oesterlehn entworfen. Nach nunmehr 50 Jahren Nutzung durch die Abgeordneten, wies der Plenarsaalbereich große Defizite im Bereich Bau- und Sicherheit auf.

Im März 2010 beschloss dann der Landtag mit 91 von 152 Stimmen den Komplettneubau und es ging in die Planungsphase. Nach einem Umbau des ehemaligen Georg-von-Cölln-Hauses zum Ausweichplenarsaal, fanden hier die Sitzungen des Niedersächsischen Landtages während der Umbauphase statt. Letztmalig tagte der Landtag am 25. Juli 2014 im alten Plenarsaal. Nach dem intensiven Umbauprozess fand die Eröffnung des neuen Plenarbereichs des Nie-



Neue Plenarsaal

dersächsischen Landtags am 27. Oktober 2017 statt. Die Gesamtbaukosten betrugen 58,2 Millionen Euro. Mit Abschluss der Bauarbeiten lagen die Mehrkosten bei 5,4 Millionen Euro.

Nach der Besichtigung des Plenarsaals und weiteren Räumlichkeiten fand zum Abschluss des Besuchs eine Fragestunde mit den Abgeordneten Frauke Heiligenstadt (SPD) und Belit Onay (Bündnis90/Die Grünen) statt. Themen waren







unter anderem die Verurteilung von Kolleginnen und Kollegen durch das Landgerichts Limburg. Dies könnte das Ende des offenen Vollzuges sein, Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen des Justizvollzuges, sowie die Rechtsprechung zur Besoldung der niedersächsischen Beamten die laut dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig



Fragestunde mit den Abgeordneten

verfassungswidrig sei und zur Klärung an das Bundesverfassungsgericht verwiesen wurde. Zum Abschluss bedankte sich Uwe Oelkers bei den Abgeordneten für das offene Ohr und vereinbarte mit der Abgeordneten Frauke Heiligenstadt ein weiteres Treffen.

Uwe Oelkers

MdL Frauke Heiligenstadt im Gespräch mit dem Ortsverband Göttingen

Am 15.02.2019 hat Frau MdL Frauke Heiligenstadt die JVA Rosdorf besucht. Frau Heiligenstadt ist einer Einladung des VNSB Ortsverbandes Göttingen nachgekommen. Im Niedersächsischen Landtag ist sie für die SPD Landtagsfraktion als Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen tätig. Somit

konnte sie sich einmal die Nöte und Probleme im Niedersächsischen Justizvollzug aus erster Hand berichten lassen. Herr Janke, Anstaltsleiter der JVA Rosdorf, begrüßte im Beisein des Ortsverbandsvorstandes Frau Heiligenstadt. Nach einer Vorstellungsrunde ging es dann in die Diskussion.



Auf dem Bild von links nach rechts Klaus Janke, Uwe Oelkers, Stefan Curdt, MdL Frauke Heiligenstadt, Frank Laufer, Thomas Walter

Nachfolgende Themen standen zur Diskussion:

- Sonderzuschlag für die Anwärter
- Fehlendes Personal in den Justizvollzugsanstalten, dadurch große Anzahl an Überstunden
- Wiedereinsetzung des Weihnachtsgeldes
- Probleme bei der Besetzung der Arztstellen in JVA`en
- Einführung des Tele-Arztes (Reduzierung der Ausführungen in Krankenhäuser am Wochenende/Nachts

- Stellenanhebungen im Vollzug für alle Laufbahnen

Im Anschluss fand eine Führung durch die einzelnen Bereiche der JVA Rosdorf statt. Frau Heiligenstadt hat sich beeindruckt über die Anstalt und die Freundlichkeit der Bediensteten geäußert. Der Ortsverband Göttingen bedankte sich bei Frau Heiligenstadt für den Besuch und möchte auch weiterhin mit ihr im Kontakt um den Niedersächsischen Justizvollzug bleiben.

Ortsverband Göttingen nimmt am Warnstreik und Demonstration in Bremen teil

Im Rahmen der Einkommensverhandlungen für die Tarifbeschäftigten sowie der Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen nahm eine Abordnung des Ortsverbandes Göttingen am 27. Februar an der Demonstration in Bremen teil. Neben weiteren 7.000 Teilnehmern aus Bremen und Niedersachsen unterstützte der Ortsverband Göttingen die Forderung des dbb im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde, um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Mit Trillerpfeifen, Transparenten und Worten wurden die Forderungen lautstrak vom Demonstrationszug vorgetragen. Auf der anschließenden Kundgebung sprach Volker Geyer (dbb Fachvorstand Tarifpolitik) zu den versammelten Kolleginnen und Kollegen auf dem Marktplatz.





VNSB-Ortsverband Uelzen begeht seine Generalversammlung

Zum 08.02. lud der Ortsverbandsvorsitzende Ralf Schlütemann seine Mitglieder und Gäste in den "Niedersachsenkrug" zur diesjährigen Generalversammlung des Uelzener VNSB-Ortsverbandes. Nochmals wurde im Vorwege nach 2018 eine neue Örtlichkeit zur Austragung gesucht und gefunden. Nachdem der "Dorfkrug" aufgrund steigender Mitgliederzahl (ein positiver Trend!) als zu klein erachtet wurde und das Gasthaus "Am Leuchtturm" im Yachthafen sich als akustisch ungünstig herausgestellt hatte, wurde die neue Location nun über den gesamten Abend durchweg gelobt.

Ralf freut sich sehr über die diesmal äußerst rege Teilnahme - über 35 Mitglieder und Pensionäre, teils nebst ihren Angehörigen folgten der Einladung zu der Versammlung. Lediglich unsere Anwärter/innen waren noch etwas schüchtern und leider etwas rar vertreten. Der Aufgabe, hier zukünftig ein besseres Bild zu bekommen, wird sich der Ortsverbandsvorstand stellen.

Aus persönlichen Gründen konnte leider der eingeladene Kollege Uwe Oelkers vom LV nicht vorbeikommen. Uwe grüßt den OV aus der Ferne; Michael Haustein und Ralf Schlütemann können für Uwe vom VNSB berichten. Die eingeladene Vertreterin des VNSB-Partners Signal Iduna, Fr. Susanne Petersen musste aus gesundheitlichen Gründen leider kurzfristig absagen. Auch die Ansprechpartnerin der BBBank, ein weiterer VNSB-Partner, Fr. Antje Stets, konnte der Versammlung nicht beiwohnen. Beide Damen ließen ihre Grüße ausrichten und bedachten den

Ortsverband großzügig. Zudem konnten der Ortsverbandsvorsitzende und der anwesende stellv. Landesvorsitzende Michael Haustein von den letzten Tagungen des VNSB (Klausur- und OV/Schatzmeister-Tagung) her ebenfalls noch Neuigkeiten zu der Ansprechbarkeit der Partnerunternehmen mitteilen.

Der Ortsverbandsvorsitzende stellt anschaulich die erreichten Erfolge des Verbandes aus dem letzten Jahr dar. Zu denen gehören u. a. die deutliche Erhöhung und Angleichung der Vollzugszulage; die Forderung beim- und Umsetzung durch das MJ nach 20 zusätzlichen Stellen für den Justizvollzug sowie die Anerkennung eines Bedarfs von rund 200 Stellen in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (AVD).

Ralfs Bericht für die Mitglieder reicht weiter von den Vorstandstreffen des Ortsverbandes über die gemeinsame Tagung des Landesvorstandes mit den Ortsverbandsvorsitzenden und Schatzmeistern bis hin zur Hauptvorstandssitzung des VNSB mit den Fachgruppenvertretern. Neuigkeiten kann Ralf auch von der diesjährigen Klausurtagung des Landesvorstandes übermitteln, an der er als Gast teilnehmen durfte. Aus dem dort überarbeiteten Forderungskatalog werden die drei Kernforderungen – Anhebung von DzuZ; keine personellen Einsparungen im Justizvollzug = ein Personalbedarf entspricht einem Beschäftigungsvolumen; Umsetzung von Baumaßnahmen am Bildungsinstitut, um die zeitgemäße Ausbildung unserer Anwärter/innen zu steigern und zu sichern – auch wieder in Landtagseinga-



Nähe ist unsere Stärke



Vorstand Uelzen

ben in die Politik gegeben. Zu dem berichtet Ralf über die noch zu erledigenden Aufgaben anlässlich des anstehenden Landesgewerkschaftstages (LGT) in Göttingen (24./25.04.). Er weist auch schon auf das baldige Anlaufen der Vorbereitungen für die Personalratswahlen 2020 hin. Schatzmeister Alexander Müller gibt seinen Bericht über die zuvor ordnungsgemäß geprüfte Kasse ab und gibt eine Übersicht über den aktuellen Mitgliederbestand in Uelzen von 95 VNSB'lern. Leider konnte noch nicht das selbstgesteckte Ziel vom Hundertsten Mitglied erreicht werden, aber auch daran wird fleißig gearbeitet bzw. für geworben. Vielleicht hilft die Werbeaktion des Landesverbands mit einer Verlosung in Höhe von 150,- / 100,- / 50,- € unter den in diesem Jahr neu eintretenden Kollegen/innen! Der Vorstand konnte somit antragsgemäß entlastet werden und es wurde zu den Wahlen übergegangen. Diese wurden auf Bitte des Ortsverbandsvorsitzenden als letzte Amtshandlung des scheidenden, Jahrzehnte langen Vorstandsmitglieds Willi Völz (tritt aufgrund des Eintritts in den Ruhestand nicht mehr an) durchgeführt und erbrachten in einer offenen Wahl folgende Ergebnisse:

Schatzmeister: Alexander Müller – einstimmige Wiederwahl

Zweiter stellv. Vorsitzender: Helmut Lübbehüsen – Neuwahl bei einer Enthaltung Zweite Kassenprüferin: Sarah Otto

Der Dank von Ralf geht an die scheidende Kassenprüferin Karin Mühlenberg und an die wiederund neu gewählten Vorstandsmitglieder.

Eine besondere Ehrung erhielt sodann der angesprochene Kollege Willi Völz, der mit Beginn seiner Vollzugsausbildung am 02.01.1985 Mitglied im VNSB ist. Seit 1987 war Willi durchgehend Vorstandsmitglied im Uelzener Ortsverband und als Schriftführer und stellv. Vorsitzender tätig. Zudem war Willi über einen Zeitraum von 20 Jahren 4 x in Folge für den Landesvorstand der Sitzungspräsident auf den Landesgewerkschaftstagen. Ein großes Dankeschön, verbunden mit Wehmut anlässlich seines Abschieds aus dem Vorstand, geht an diesem Abend an Willi Völz.

Im Anschluss wurde traditionell das Grünkohlbuffet gereicht. Den folgenden Kniffelabend konnte Kollege Franz Ristau (Spion aus dem OV Bremervörde J! - aber langjähriger Uelzer Kollege) für sich entscheiden und ist somit für ein Jahr Hüter des begehrten Wanderpokals!

Viele Gespräche bis zur mitternächtlichen Zeit rundeten einen gelungenen Abend des Ortsverbandes stilvoll ab.

Für den Ortsverband Uelzen Ralf Schlütemann -1. Vorsitzender-



Willis Verabschiedung



Kniffelsieger

Niedersachsenmeister JVA Wolfenbüttel

Der diesjährige Austragungsort der niedersächsischen Hallenfußballmeisterschaft der Justizvollzugsbediensteten fand diesmal in Burg, nahe Magdeburg statt. 9 Mannschaften aus ganz Niedersachsen und die JVA Burg als Ausrichter waren vor Ort.

Vor dem Turnier gab es folglich die obligatorischen Begrüßungen bzw. die Informationen bzgl. der Veranstaltung. Neben der Anstaltsleiterin Frau Ulrike Hagemann der JVA Burg, fand auch die Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt Frau Anne-Marie Keding den Weg in die Sporthalle. Diese Wertschätzung der Frau Ministerin empfanden sämtliche Teilnehmer sowie Besucher als überaus positiv.

Die Rahmenbedingungen hätten nicht besser sein können, denn neben einer modernen Sporthalle, gab es außerdem ausreichend Verpflegung wie belegte Brötchen, Gulascheintopf, verschiedene Kuchensorten, sowie das allgegenwärtig beliebte "flüssig Brot".

Fußball gespielt wurde aber auch. Aufgeteilt wurden die Mannschaften in 2 Gruppen, à 5 Teams. Die Veranstaltung war bis zum Ende sehr fair und wurde durch die zahlreichen Fans der JVA Vechta bereichert. Ohne auf spezielle Ergebnis-

se einzugehen, sind in der Vorrunde folgende Platzierungen zustande gekommen:

Gruppe A	Pkt	Tore
JVA Vechta Jungtäter:	8	4:1
JVA Celle:	5	4:2
JVA Sehnde:	4	4:2
JVA Burg	4	2:2
JVA Hannover	0	0:7
Gruppe B JVA Wolfenbüttel JA Hameln JVA Lingen JVA Mix-Team Vechta Frauen	Pkt 10 10 4 4 0	Tore 8:2 5:1 6:3 5:7 3:14

Die ersten beiden Mannschaften der 2 Gruppen Qualifizierten sich für die Halbfinalspiele.

JVA Wolfenbüttel vs. JVA Celle JVA Vechta Jungtäter vs. JA Hameln

Die Wolfenbütteler setzten sich im ersten Semifinale mit 2:0 gegen die JVA aus Celle völlig verdient durch. Das gleiche Ergebnis ereignete sich



auch im zweiten Spiel zwischen Vechta Jungtäter und die JA aus Hameln, was ebenfalls 2:0 für die erstgenannte Mannschaft endete.

Das Spiel um den dritten Platz gewann die JA Hameln souverän gegen die JVA Celle und holte sich somit noch einen Podiumsplatz.

Spannung garantierte zum Schluss das Finale zwischen Wolfenbüttel und Vechta Jungtäter. Im Voraus hätte man sicherlich eine ausgeglichene Partie erwartet, die sich aber nicht bestätigte.

Die Bediensteten der BSG JVA Wolfenbüttel zeigte eine außerordentlich disziplinierte Leistung auf hohen taktischen Niveau. Die Devise lautete hinten sicher stehen und vorne mit gezielten Nadelstichen zu Toren kommen. Der Plan

ging auf und so gewann man das Finale knapp, aber dennoch verdient mit 1:0.

Abschließend kann gesagt werden, dass eine Ausrichtung für die Justizvollzugsanstalten im Rahmen eines Fussballturnieres den Zusammenhalt innerhalb der Behörde stärken und außerdem den Austausch mit anderen Bediensteten auch aus den anderen JVA'en ermöglichen. Im Großen und Ganzen kann man diese Veranstaltung für alle Beteiligten als großen Erfolg verbuchen. Alle Beteiligten freuen sich schon auf das nächste Turnier welches am 15.02.2020 in Lingen stattfinden wird.

Für den OV Wolfenbüttel Sascha Wand

Ortsverbandsvorsitzende

Burgdorf

Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Bremervörde

Christian Heitkämper, Am Steinberg 75, 27432 Bremervörde

Celle

Dorina Vasel, Trift 14, 29221 Celle

Emsland

Sascha Jerzinowski, Grünfeldstr. 1, 49716 Meppen

Göttingen

Stefan Curdt, Kirchtal 13, 37136 Ebergötzen

Hameln

Christiane Ende, Tündernsche Str. 50, 31789 Hameln

Hannover

Kerstin Gerullat, Schulenburger Landstraße 145, 30165 Hannover

Lüneburg

Detlev Gebers, Oedemer Weg 80, 21335 Lüneburg

Oldenburg

Rainer Schimmelpenning, Cloppenburger Str. 400, 26133 Oldenburg

Ostfriesland

Michael Glinkowski, Riepster Weg 13, 26802 Moormerland

Sehnde

Dirk Hennies, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Uelzen

Ralf Schlütemann, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen

Vechta

Oliver Höse, Willohstraße 13, 49377 Vechta

Wolfenbüttel

Sascha Wand, Ziegenmarkt 10, 38800 Wolfenbüttel



Vorsitzender: Uwe Oelkers Tel.: 05551-61523 Mobil: 0176-11446666 Uwe.Oelkers@vnsb.de



Stellvertretender Landesvorsitzender: Oliver Mageney Tel.: 04761-80880 Mobil: 0176/96900273 Oliver.Mageney@vnsb.de



Landesschriftführer: Engelbert Janßen Tel.: 04441-81811 Mobil: 0176-11446676 Engelbert.Janssen@vnsb.de



Stellvertretender Landesvorsitzender: Michael Haustein Tel.: 05806-403 Mobil: 0176-11446672 Michael Haustein@ynsb.de



Landesschatzmeister: Thomas Gersema Tel.: 05931 – 29076 Mobil: 0176-11446667 Thomas.Gersema@vnsb.de



Landesgeschäftsführer Friedhelm Hufenbach Tel.: 050541652 Mobil: 017611446670 friedhelm.hufenbach@vnsb.de

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (VNSB)

Rechtschutzstelle@ vnsh.de

Redaktion@vnsb.de

Unsere Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter im VNSB

- Fachgruppenvertreter des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2 Alois Plagemann · JVA Lingen
- · Fachgruppenvertreter des Werkdienstes Johann Rosenau · JA Hameln
- Fachgruppenvertreter des Sanitätsdienstes
 Reiner Lytze · JVA Meppen
- Fachgruppenvertreter des Pädagogischen Dienstes Tim Haubrich · JVA Meppen
- Fachgruppenvertreter
 des Psychologischen Dienstes
 Horst Schreiber · JVA Lingen-Damaschke
- · Fachgruppenvertreter des Sozialen Dienstes Oliver Meyer · JVA Vechta
- · Fachgruppenvertreter der Tarifbeschäftigten Hartmut Kampel · JVA Sehnde

- Fachgruppenvertreter der Vollzugsabteilungsund Fachbereichsleitungen
 Tobias Hebestreit · JA Hameln
- Fachgruppenvertreterin der weibliche Bediensteten Kerstin Gerullat · JVA Hannover
- · Fachgruppenvertreter der Schwerbehinderten
- vakant

 · Fachgruppenvertreter
- der Anwärterinnen u. Anwärter Michael Holtrup · JVA Vechta
- Fachgruppenvertreter der Ruhestandsbediensteten Helmut Gels · Tel: 05931 / 8165
- · Fachgruppenvertreter der Jugendarrestanstalten Werner Lübbers · JAA Emden
- · Fachgruppenvertreter AvD kommissarisch Ralf Schlütemann

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt DP AG

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter Plessering $6 \cdot 37154$ Northeim

VNSB · Plessering 6 · 37154 Northeim ZKZ 68742, PVSt., DP AG, Entgelt bezahlt

Zahlen - Daten - Fakten 2019



Quelle: dbb Beamtenbund und Tarifunion
Das statistische Zahlenmaterial ist auf der Internetseite: www.VNSB.de eingestellt.